

N i e d e r s c h r i f t

**der 40. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.02.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:15 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados	
Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Frau Brigitte Thieme	GRAUE
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw.
Frau Claudia Schröder	Verw.
Herr Thomas Willecke	Verw.
Herr Steffen Drenkelfuß	Verw.
Frau Annemarie Kraft	Verw.

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Herr Tom Wolter	MitBürger
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Wolfram Neumann	BG

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 40. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von **Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados**.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab bekannt, dass es zu

TOP 5.1 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2007/06684

einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. gibt.

5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2008/07020

Zum Tagesordnungspunkt:

5.2. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566

führte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados** Folgendes aus:

In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.02.2008 wurde die Vorlage nicht noch einmal auf die Tagesordnung genommen. In der vorhergehenden Sitzung des Ausschusses am 10.01.2008 wurde eine unwirksame Beschlussempfehlung ausgesprochen, da an der Abstimmung ein Mitglied des Ausschusses trotz Befangenheit teilgenommen hat. Der Finanzausschuss habe aber der Vorlage zugestimmt. Ihrer Meinung nach gibt es somit nur ein Votum und die Vorlage müsse nicht im Hauptausschuss behandelt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte die Mitglieder des Hauptausschusses, ob die Vorlage trotzdem im Hauptausschuss verbleiben soll.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass er damit ein Problem habe. Ihm sei bekannt, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses über die Vorstellungen der Verwaltung nicht informiert waren und die notwendigen Unterlagen zur letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht vorlagen. Deshalb konnte im letzten Ausschuss schon aus formalen Gründen die Vorlage nicht behandelt werden.

Der Jugendhilfeausschuss hätte, wenn er die Abstimmung nicht anerkenne, eine Sondersitzung beantragen müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass der Jugendhilfeausschuss selber hätte feststellen müssen, dass mit der ungültigen Abstimmung das Votum hinfällig sei.

Herr Dr. Meerheim fragte, wieso die betreffende Person nicht an der Abstimmung hätte teilnehmen dürfen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Person sich als Geschäftsführer eines Unternehmens als Befangen hätte erklären müssen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, verwies darauf, dass schriftlich vorliege, dass Herr Dr. Meerheim als Stadtrat in der Sache auch votiert habe. Dies irritiere ihn.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass sie davon ausgehe, dass Herr Dr. Meerheim an der heutigen Diskussion, falls der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleiben sollte, nicht teilnehmen wird.

Einige **Mitglieder des Hauptausschusses** sprachen sich ebenfalls für eine Nichtteilnahme an der Diskussion und Abstimmung wegen Befangenheit aus.

Herr Bönisch erklärte, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage in seiner nächsten Sitzung behandeln und ein erneutes Votum abgeben sollte. Die Vorlage könne dann dem Stadtrat vorgelegt werden, ohne dass sie noch im Hauptausschuss behandelt werde.

Frau Schmidt, Controllerin GB Soziales und Jugend, informierte, dass dem Jugendhilfeausschuss von der Verwaltung die gleichen Unterlagen wie dem Finanzausschuss zur Verfügung gestellt wurden. In den Unterlagen werde dargestellt, wie es zu den Missverständnissen kam.

Die Verwaltung habe dem Jugendhilfeausschuss am 14.02.2008 vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkt noch einmal aufzurufen, weil zeitgleich die Niederschrift der vergangenen Sitzung vorlag, in welcher dezidiert alle diskutierten und beschlossenen Punkte aufgeführt waren.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., bestätigte zwar das Gesagte von Frau Schmidt, gab aber zu bedenken, dass das Material nur als Tischvorlage vorgelegt wurde. Kritisch sah sie, dass in dem vorletzten Ausschuss keine konkreten Aussagen zur Vorlage getroffen werden konnten und viele Mitglieder des Ausschusses nicht an der Abstimmung teilgenommen haben. Sie sprach sich ebenfalls dafür aus, die Vorlage nochmals im Jugendhilfeausschuss auf die Tagesordnung zu setzen, um ein klares Votum zu erhalten.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, schloss sich im Namen ihrer Fraktion der Meinung von Frau Haupt an, die Vorlage nochmals im Jugendhilfeausschuss auf die Tagesordnung zu nehmen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, bei ihr sei bei der Durchsicht der Niederschrift der Eindruck entstanden, dass der Jugendhilfeausschuss generell abgelehnt habe, die Vorlage noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen.

Sie zitierte Frau Hanna Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, aus der Niederschrift:
„...*dass damit die Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 10.01.2008 auf die Tagesordnung des Hauptausschusses kommen soll.*“

Herr Krause, Fraktion der SPD, verwies darauf, dass, wenn in einem Ausschuss eine fehlerhafte Abstimmung erfolgte, die Abstimmung wiederholt werden müsse.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., bestätigte die nichtkorrekte Niederschrift. Die Vorlage sollte deshalb nochmals im Jugendhilfeausschuss behandelt und abgestimmt werden.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, betonte, dass der Jugendhilfeausschuss sich nicht verweigert habe, die Vorlage zu behandeln, sondern es bestand nicht der Wunsch, die Vorlage auf die Tagesordnung zu setzen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab zu Protokoll, dass der Jugendhilfeausschuss dringend aufgefordert wird, in seiner nächsten Sitzung die Vorlage zu behandeln, um eine ordnungsgemäße Beschlussfassung herzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erklärte, dass die Vorlage unter

TOP 5.2. Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2007/06566

von der Tagesordnung des Hauptausschusses abgesetzt wurde.

Ebenfalls seien folgende Anträge von der Tagesordnung abzusetzen:

6.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/06947

6.2. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/06945

Zu diesen Anträgen sind noch weitere Recherchen notwendig und müssen bis zum Monat April vertagt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados informierte, dass sie sich unter dem TOP Mitteilungen zum Grundsatzbeschluss - Errichtung eines Sportzentrums Halle-Neustadt am Standort Nietlebener Straße – äußern wolle, Bezug nehmend auf die gestrige Sitzung des Finanzausschusses.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, wies darauf hin, dass die Vorlage auf der Tagesordnung im nicht öffentlichen Teil stehe, obwohl diese im Planungs- sowie im Finanzausschuss öffentlich behandelt wurde. Wenn die Vorlage heute behandelt werde, müsse dies dann auch im öffentlichen Teil getan werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass normalerweise keine Vorlage aus dem nicht öffentlichen Teil im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden könne, weil jeder Bürger die Möglichkeit haben müsste, an einer öffentlichen Beratung teilzunehmen. Die Vorlage könnte vorberatend behandelt werden, aber sie sei der Meinung, dass es ausreiche, wenn sie unter dem TOP Mitteilungen einiges sagen werde.

Herr Bartl, Fraktion der CDU und **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, betonten, dass es dann aber keine Diskussion gäbe.

Herr Prof. Schuh wies darauf hin, dass die Vorlage vom nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses genommen werden könnte.

Herr Dr. Meerheim fragte, mit welcher Zielstellung die Vorlage in den öffentlichen Teil verschoben werden soll.

Der Finanzausschuss habe gestern den Beschluss gefasst, das Thema zu vertagen, da unklar sei, wie die benötigten Mittel zum Bau eines neuen Stadions aufgebracht werden sollen. Deshalb wurde die Verwaltung beauftragt, dem Finanzausschuss eine konkrete Finanzierung vorzulegen, welcher dann eine Sondersitzung zur Behandlung der Vorlage durchführen wolle.

Es gäbe demnach keinen Grund, das Thema heute zu behandeln.

In diesem Zusammenhang wies Herr Dr. Meerheim darauf hin, dass lt. Geschäftsordnung unter Mitteilungen nur einseitig geredet werden dürfe und, dass die Beschlussfassung des Finanzausschuss nicht ausgehebelt werden darf.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, sie wolle die Beschlussfassung nicht aushebeln, sondern dem Hauptausschuss die Gelegenheit geben, sich eine Meinung zu bilden.

Damit die Mitglieder des Hauptausschusses die Möglichkeit haben, über die Vorlage zu diskutieren, fragte **Frau Oberbürgermeisterin Szabados**, ob sie damit einverstanden wären, dass der TOP 3.2 - Errichtung eines Sportzentrums Halle-Neustadt am Standort Nietlebener Straße – Grundsatzbeschluss (Vorlage: IV/2008/06980), aus dem nicht öffentlichen der Teil in den öffentlichen Teil unter dem TOP 5.3 aufgenommen wird.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, schloss sich der Meinung von Frau Oberbürgermeisterin Szabados an, indem sie betonte, dass es in der Sache nicht schädlich sei, wenn es weitere Informationen von Seiten der Oberbürgermeisterin dann gäbe.

Herr Dr. Meerheim stellte klar, dass es jetzt das erste Mal wäre, dass hier ein Ausschuss in seiner Beratungsfolge überholt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados verdeutlichte dazu, dass es doch eine Möglichkeit geben müsse, mit den Mitgliedern des Hauptausschusses im öffentlichen Teil zu einer Angelegenheit in einen Dialog zu treten.

Hier sollte über eine Änderung der Geschäftsordnung nachgedacht werden.

Sie werde entsprechende Unterlagen vorbereiten lassen und dem Hauptausschuss zur Vorberatung vorlegen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, betonte, dass es im Finanzausschuss hierzu eine klare Festlegung gab und dieser jederzeit bereit sei, noch einmal über die Vorlage zu diskutieren.

Frau Weiß, Fraktion der CDU und Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, bemerkten, dass es zum wiederholten Male eine vertagte Vorlage aus einem Ausschuss im Hauptausschuss diskutiert werden soll.

Heute könnten nur Informationen zur Vorlage gegeben werden.

Herr Bönisch regte an, außerhalb der öffentlichen Tagesordnung ein zwangloses Gespräch zu führen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, dass zwanglose Gespräche das Eine seien. Aber heute stehe die Vorlage im nicht öffentlichen Teil auf der Tagesordnung, die sowieso in den öffentlichen Teil der Sitzung gehöre, weil sie fälschlicherweise dort aufgeführt sei.

Sie wolle mit den Mitgliedern des Hauptausschusses zu diesem Thema, das ihr wichtig sei, ins Gespräch kommen und da sei es ihr egal, in welcher Weise.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, unterbreitete den Vorschlag, dass seine Fraktion unter dem TOP 8 – Beantwortung von Anfragen – eine Frage zu dem Thema stellen werde, aus der sich eine gegenseitige Informationskette entwickeln könne.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados zog ihren Antrag, den TOP 3.2 aus dem nichtöffentlichen Teil als TOP 5.3 in den öffentlichen Teil der Tagesordnung zu verschieben, zurück.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.01.2008**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**
5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09**
Vorlage: IV/2007/06684
 - 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09**
Vorlage: IV/2008/07020
 - 5.2. *Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen*
Vorlage: IV/2007/06566 **vertagt**
 - 5.2.1 **Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)**
Vorlage: IV/2008/06970
 - 5.2.2 **Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Vorlage Nr. IV/2007/06566 vom 10.01.2008 (Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten)**
Vorlage: IV/2008/06971
6. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

- 6.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/06947 **vertagt**
- 6.2. *Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zu Direktvergaben im Öffentlichen Personennahverkehr der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: IV/2008/06945 **vertagt**
7. **Anfragen von Stadträten**
8. **Beantwortung von Anfragen**
9. **Anregungen**
10. **Mitteilungen**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 23.01.2008

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2008.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.01.2008 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine in der 39. nicht öffentlichen Sitzung am 23.01.2008 gefassten Beschlüsse.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2007/06684**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2008/07020**

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, erklärte, was die Verwaltung bewogen habe, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. zur „Zeitzer Straße“ abzulehnen.

Der Bildungs- bzw. der Kulturausschuss folgten dem Vorschlag der Verwaltung.

Es gab Überlegungen, ob es sinnvoller sei, ein zu 80 Prozent saniertes oder ein sanierungsbedürftiges Gebäude („Zeitzer Straße“) leer stehen zu lassen.

Der zeitweilige Umzug in die „Kurt-Wüsteneck-Straße“ bedeute nicht, dass die Schüler in dieser Schule belassen werden sollen, um dann evtl. in ein nicht saniertes Gebäude in der „Zeitzer Straße“ zurückziehen zu müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados warf ein, dass der Änderungsantrag im Finanzausschuss nicht behandelt wurde.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., äußerte, dass im Finanzausschuss vergessen wurde, über den Änderungsantrag abzustimmen, obwohl er auf der Tagesordnung stand.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bemerkte, dass hier wieder ein ungewöhnliches Verfahren laufe.

Es gab gleiche Voten in den Ausschüssen und aus diesem Grunde müsse der Änderungsantrag heute nicht mehr behandelt werden.

Begründet werden müsse, warum er heute auf der Tagesordnung steht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erwiderte, dass der Änderungsantrag im Stadtrat auf jeden Fall gestellt werde.

Was spreche aber dem entgegen, diesen heute im Hauptausschuss zu besprechen.
Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat Frau Dr. Bergner um eine Information zum Verfahren im Bildungsausschuss.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, erläuterte, dass in der Oktober- bzw. Novembersitzung des Bildungsausschusses die Schulentwicklungsplanung mehrheitlich beschlossen wurde.

Von der Verwaltung wurde ein entsprechender Vorschlag zum Standort „Zeitzer Straße“ vorgelegt.

In einer gemeinsamen Beratung mit Zuständigen der Verwaltung, der Vorsitzenden und zwei Stellvertretern des Bildungsausschusses wurde erklärt, dass vor dem Jahre 2011 für den Standort „Zeitzer Straße“ keine Sanierungsmittel u. ä. zu erwarten seien.

Es wurde daher noch keine endgültigen Alternativentscheidung zur „Kurt-Wüsteneck-Straße“ bzw. „Zeitzer Straße“ gefasst, da eventuell für das gesamte südliche Gebiet von Halle eine andere Lösung gefunden werden müsste.

Käme die „Zeitzer Straße“ als Standort in Frage, müsste diese saniert und in der Zeit der Sanierung die Schule ausgelagert werden. Dafür käme nur die „Kurt-Wüsteneck-Straße“ als besserer Standort in Betracht.

Da nur dieser Standort in Frage kommt, könne der Umzug auch gleich erfolgen. Dann könnte abgewartet werden, ob die Gelder im Jahre 2011 auch tatsächlich zur Sanierung der „Zeitzer Straße“ zur Verfügung stehen, um danach einen Rückumzug zu vollziehen.

Auf dieser Diskussionsgrundlage habe der Bildungsausschuss am 05.02.2008 auch dem geänderten Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Auch wurde auf das Votum der Eltern und Schüler gehört, welche darauf bestanden, in der Schule ein Schülerkaffee und Fachunterrichtsräume einzurichten.

Weiterhin bestand die Sorge, dass die Fahrtkosten nicht erstattet werden bzw. die Transportmöglichkeiten schlechter werden.

Von den Stadträten wurde den Schülern und Eltern eine Verbesserung der Situation zugesagt und ein Antrag in Absprache mit der Verwaltung bezüglich der speziellen Situation in der Silberhöhe an die HAVAG gestellt, eine möglichst finanzneutrale Lösung zu finden.

Aus den vorgenannten Gründen plädiere sie für den Standort „Kurt-Wüsteneck-Straße“.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados gab zu Protokoll, dass die Verwaltung besonderes Augenmerk darauf richtet, im Bereich der Silberhöhe eine starke Sekundarschule wie die der „Zeitzer Straße“ zu erhalten.

Aus diesem Grunde plädiere auch sie dafür, den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., brachte zum Ausdruck, dass ihre Fraktion es als positiv empfunden habe, dass die Verwaltung am dem Standort in der Silberhöhe festhalte.

Der gestellte Änderungsantrag ihrer Fraktion hänge mit der Gesamtentwicklung der Schulen im Süden von Halle zusammen.

Möglicherweise könne auch nicht saniert werden, wenn man zu der Überlegung eines Schulneubaues kommt. Dieser müsse vielleicht an der Schnittstelle zwischen Südstadt und Silberhöhe erreicht werden. Damit würde die gesamte Schulentwicklungsplanung wieder etwas anders aussehen.

Im Jugendhilfeausschuss wurde auch dargelegt, dass die Schüler der Silberhöhe in dieser Schule zusammengefasst wurden und deshalb eine gewisse Unruhe vorhanden sei. Es sei deshalb sehr wichtig, dass die Schüler in diesem einen Jahr zur Ruhe kommen und in dieser Zeit müsse überlegt werden, wo die Schüler letztendlich wirklich hinkommen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados äußerte, es müsse diese Abwägungen mit dem Standort Silberhöhe geben.

Die Lehrer, Schüler und Eltern haben sich jetzt auf den Umzug eingestellt und wenn das Problem mit den Fahrtkosten geklärt wird, sollte doch in eine sanierte Schule umgezogen werden.

Herr Bönisch fragte, ob es nicht bedeuten würde, auch wenn der Antrag gestellt wird, dass sowieso in die „Kurt-Wüsteneck-Straße“ gezogen wird.

Herr Dr. Meerheim bemerkte, dass die Verwaltung erkennen müsse, dass von der südlichen Innenstadt bis hinein in die Silberhöhe ein schülerzahlenmäßiges Problem besteht.

Der Änderungsantrag seiner Fraktion beinhalte, dass so lange in der „Zeitzer Straße“ verblieben werden sollte, bis ein Konzept bzw. eine Lösung für den gesamten Süden vorliegt.

Problem war auch, dass die Lehrer und Schüler nicht die Möglichkeit gehabt hatten, ihre wirkliche Meinung im Bildungsausschuss zu sagen.

Frau Dr. Bergner stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte. Sie wolle verhindern, dass in der heutigen Diskussion dem weiteren Verfahren im Bildungsausschuss vorgegriffen werde.

Im Sommer diesen Jahres werde die mittelfristige Schulenwicklungsplanung für die nächsten 5 Jahre begonnen.

Bisher wurde im Bildungsausschuss nicht beschlossen, dass der „Fliederweg“ geschlossen werden soll und bisher wurde keine endgültige Stellungnahme zu der Alternative „Zeitzer Straße“/„Kurt-Wüsteneck-Straße“ getroffen. Es wurde nur über die vorübergehende Lösung gesprochen.

Auch verwahre sie sich dagegen, dass gesagt werde, die Lehrer durften im Bildungsausschuss nicht reden. Laut Geschäftsordnung könne nicht gestattet werden, dass die Personalvertretungen der Schulen im Bildungsausschuss das Wort erhalten.

Diese hatten die Möglichkeit eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Diese lag allen Mitgliedern des Bildungsausschusses vor.

Herr Krause, Fraktion der SPD, fragte, gewandt an die **Fraktion DIE LINKE.**, ob sie nicht ihren Änderungsantrag zurückziehen wolle.

Herr Dr. Meerheim erklärte, seine Fraktion möchte den Änderungsantrag aufrecht erhalten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zum Änderungsantrag.

- zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09**
Vorlage: IV/2008/07020

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) beantragt die Änderung des Beschlusses des Bildungsausschusses vom 06.11.2007 zum Punkt 1.2. in folgendem Wortlaut:

1.2. Die Sekundarschule „Zeitzer Straße“ verbleibt am Standort Zeitzer Straße bis ein Standortkonzept für die Sekundarschulen im Süden Halles erarbeitet wurde.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bat um Abstimmung zur Vorlage.

- zu 5.1 **Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09**
Vorlage: IV/2007/06684

Abstimmungsergebnis: **einstimmig z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

1. **Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 7 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen für das Schuljahr 2008/09:**

1.1 **1.1 Bildung eines *Schulverbundes***

zwischen der **Sportsekundarschule Halle** (bisher: Dölauer Straße 71)

und dem **Sportgymnasium Halle** Am Standort Amselweg 49

Name **Sportschulen Halle (Saale)**
(bis auf Widerruf) **Schulverbund Gymnasium/Sekundarschule**

1.2 **Befristeter Standortwechsel der *Sekundarschule Zeitzer Straße***

Vom Standort: **Zeitzer Straße 9 (zz. Sek. Zeitzer Straße)**

Zum Standort: **Kurt-Wüsteneck-Straße 21 (ehem. Frieden-Gymnasium)**

Zum Schuljahr: **2008/09 (bis zum Schuljahresbeginn 2011/12)**

- 1.3 **Umzug der Außenstelle der Sekundarschule Zeitzer Straße in den Hauptstandort der Sekundarschule (Kurt-Wüsteneck-Straße 21 oder Zeitzer Straße 9) in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.2)**

1.4 **Nutzungsänderung der *Grundschule Radewell***

aus dem: **Umzug der Grundschule Radewell innerhalb des Schulobjektes, Regensburger Straße 35**
in das: **Grundschulgebäude**
ehemalige Sekundarschulgebäude
(in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.3)

1.5 Standortfestlegung *Sekundarschule Halle-Nord*
Als dauerhafter Standort für die Sekundarschule Halle-Nord wird der Standort *Ernst-Schneller-Straße 1* (Sek. Halle-Nord) festgelegt.

1.6 Schulbezirksveränderung der Grundschule am Zollrain

1.7 Namensänderung der Schule des zweiten Bildungsweges

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Informationen zu den Berufsbildenden

Schulen der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, im Planungszeitraum der nächsten Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (2009/10

–

2014/15) das Schulnetz und die Schulprofile der Berufsbildenden Schulen den aktuellen Bedingungen anzupassen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2008 die vorgesehenen Maßnahmen des Beschlusses (Pkt. 1.1 bis 1.7) zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2008 zu schaffen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Anfragen von Stadträten

Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

Herr Koehn, Fraktion der SPD, fragte nach dem aktuellen Stand der umweltrechtlichen und finanziellen Sicherstellung des Grundsatzbeschlusses zur Errichtung des Sportzentrums Halle-Neustadt am Standort Nietlebener Straße.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, dass die Verwaltung eine Vorlage eingebracht habe, die auf den Stadtratsbeschluss – Errichtung eines Stadions am Hufeisensee – aufbaut.

Die Verwaltung brauche diesen Grundsatzbeschluss, um in eine Antragstellung auch gegenüber dem Land zu gehen.

Vom Land wurden jetzt nochmals die Mittel für ein schon lange in Halle diskutiertes Stadion im Doppelhaushalt des Landes eingestellt.

Der Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Sportzentrums in Halle-Neustadt wurde vorgelegt, weil es diese Überlegungen schon längere Zeit gibt und das Kurt-Wabbel-Stadion einen sehr hohen Sanierungsaufwand benötigt.

Alle Standorte, die über die Fraktion DIE LINKE. ins Gespräch gebracht wurden, wurden überprüft.

Auch wurde von der Fraktion DIE LINKE. ein Antrag eingebracht, den Standort Halle-Neustadt mit aufzugreifen. Dieser Vorschlag wurde seinerzeit nur deshalb nicht weiter verfolgt, weil die damals geplante Größe am Standort nicht in Frage kam.

Die Verwaltung schlage nun für den Standort Halle-Neustadt eine „abgespeckte“ Form vor. Dazu wurden folgende Vorschläge dargelegt:

Das Projekt „Stadion am Hufeisensee“ gäbe es nicht mehr, aber es existieren noch das „Kurt-Wabbel-Stadion“ und das Stadion in Halle-Neustadt. Beide kosten wegen der notwendigen Sanierung viel Geld.

Für den Standort Halle-Neustadt könnten die Betriebskosten mit in das Finanzierungskonzept einbezogen werden.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados wies die Auffassung aus dem gestrigen Finanzausschuss zurück, dass es noch eine Finanzierungslücke gibt. Diese könne sie nicht erkennen.

Es gibt eine Zusage des Landes von einer Beteiligung über 6 Mio. Euro. Das Land sieht, dass auch die Stadt Halle ein neues Stadion braucht.

Für eine Sanierung des „Kurt-Wabbel-Stadions“ stünde das Geld des Landes nicht zur Verfügung.

Würde das „Kurt-Wabbel-Stadion“ saniert werden, gäbe es immer noch das Problem mit den Parkplätzen und es stehe nicht das Gelände zur Vermarktung zur Verfügung.

Eine Vermarktung dieser Fläche würde eine Mindestsumme von 5 Mio. Euro ergeben.

Sie sei aber der Meinung, dass bei der Flächenvermarktung wesentlich mehr Geld herausgeholt werden könne.

Auch bei den Namensrechten habe man vorerst eine Zahl genannt. Mit renommierten und finanzkräftigen Unternehmen könne aber erst über Namensrecht geredet werden, wenn ein Grundsatzbeschluss vorliegt.

Sie gehe davon aus, dass die Finanzierung über diese genannten Wege sichergestellt werden könne.

Mit Nachdrücklichkeit wies sie auf einen weiteren Zeitverzug hin. Dies sei die letzte Chance, dass Halle ein Stadion und eine Ballspielhalle bekommt.

Sie plädiere dafür, dass das Sportzentrum in Halle-Neustadt errichtet werde.

Herr Bönisch äußerte, dass in der gestrigen Diskussion im Finanzausschuss die Schließung der Finanzierungslücke durch die Vermarktung von Grundstücken und der Namensrechte des „Kurt-Wabbel-Stadion“ auch nicht entkräftet werden konnte.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, warf ein, es sei nicht schwierig, die Finanzierungslücke mit Zahlen zu unterlegen. Allein bei der Vermarktung der Grundstücke und der Namensrechte gäbe es bekannte Zahlen.

Da im nächsten Jahr bereits gebaut werden soll, müssen bis zu diesem Zeitpunkt die Gelder vorhanden sein.

Die Verwaltung müsse deshalb ein in etwa nachvollziehbares Finanzierungskonzept vorlegen, damit für den Haushalt der Stadt Halle eine Entscheidung getroffen werden könne. Ansonsten werde das Risiko eingegangen, dass mit Vorleistungen etc. Gelder ausgegeben werden, von denen die Stadt nichts hat.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados betonte, sie werde die Richtzahlen zusammenstellen lassen. Es ginge darum, eine Grundlage für die Beantragung der Fördermittel zu schaffen. Dazu brauche es einen bestimmten Planungsstand.

Herr Dr. Meerheim entgegnete, das Planungsamt könne nicht sagen, wo Gelder für den Bau herkommen.

Herr Bönisch erklärte, dass zur Beantragung der Fördermittel ein durchfinanziertes Projekt gehöre.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, begrüßte, dass in der heutigen Diskussion einige Aspekte konstruktiver diskutiert werden als in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses.

Dem widersprachen einige **Mitglieder des Hauptausschusses**, welche an der Sitzung des Finanzausschusses teilgenommen haben.

Herr Dr. Pohlack betonte, dass er sich ausdrücklich auf den heutigen Redebeitrag von Herrn Prof. Schuh bezogen habe.

Herr Dr. Pohlack bestätigte die Aussage von Herrn Dr. Meerheim, dass die Fragen nach den Geldern kein Planer beantworten könne.

In der gestrigen Finanzausschusssitzung wurde aber auch diskutiert, was für eine Beratungsleistung eingekauft werde.

In der Diskussion wurden ein paar zahlenmäßige Bausteine genannt. So u. a. der Baustein „Kurt-Wabbel-Stadion“ mit 5,1 Mio. Euro. Diese Zahl wurde explizit herausgezogen, weil es dazu konkrete Interessenbekundungen von hier in der Stadt agierenden Wohnungsunternehmen gibt.

Ansonsten ist die Vorlage von Herrn Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit, in den Überlegungen so aufgebaut, wie es für den Standort „Hufeisensee“ vorgesehen war.

Grundlage für den damaligen Beschluss war, dass städtische Grundstücke für die Vermarktung mit einem Ertragsvolumen von gut 20 Mio. Euro vorgesehen waren. Diese Grundstücke sind auch nicht in die Haushaltskonsolidierungsprojekte eingeflossen, sondern wurden reserviert. Somit sei das finanzielle Budget, aus dem insgesamt geschöpft werden soll, ausreichend dimensioniert.

Diese Ansätze sind in der jetzigen Vorlage nicht dargestellt. Deshalb sei es von Seiten der Stadt sinnvoller, diese Zahlen noch einmal zusammenzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados ergänzte, dass damals die Vorlage mit den enthaltenen Grundstücken beschlossen wurde.

Herr Bönisch entgegnete, das stimme nicht.

Die Prämisse war damals, dass es nicht mehr kosten dürfe, als der Zuschuss zum „Kurt-Wabbel-Stadion“. Die Rede war immer nur von Nutzungsrechtevergaben und nicht von Verkäufen.

Herr Prof. Schuh regte an, zukünftig die Vorlage mit den zur Verfügung stehenden detaillierten Finanzierungszahlen (z. B. der Verkaufspreise der Grundstücke, Bodenrichtwerte, Quadratmeter etc.) im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Dr. Meerheim betonte, er habe nichts gegen den Bau des Sportzentrums, möchte aber sicher gehen, dass die Gelder dafür vorhanden sind.

Selbst wenn das Geld zum Baubeginn nicht da ist, müsse über eine Zwischenfinanzierung nachgedacht werden. Selbst die Finanzierung über einen Kredit belaste den Haushalt. Deshalb müsse nachgewiesen werden, wie diese Summe abgedeckt werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados erläuterte, wenn die Gelder für den Bau nicht ausreichen und das Zahlenwerk nicht bis ins Letzte dargestellt werden könne, bestehe lediglich die Alternative, das „Kurt-Wabbel-Stadion“ abzureißen. Dann habe die Stadt aber nichts.

Darüber müssen sich die Stadträte und die Verwaltung im Klaren sein und deshalb an einem Strang ziehen.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, stellte nach der heutigen Diskussion fest, dass die drei großen Fraktionen nun doch ein Stadion haben wollen.

Herr Bönisch sagte zu der Äußerung von Frau Oberbürgermeisterin Szabados, *„wenn der Vorlage nicht zugestimmt werde, sei das Ende eines Stadions in Halle“*, dass im gestrigen Finanzausschuss kein Stadtrat geäußert habe, dass er das Stadion nicht haben will. Alle waren der Meinung, dass man auf dem Weg der Suche für ein Stadion sei.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE. und Herr Bartl, Fraktion der CDU, verwiesen noch einmal darauf, dass sich der Finanzausschuss eindeutig für ein Stadion und eine Ballsporthalle bekannt habe.

Frau Ilse, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, erklärte im Namen ihrer Fraktion, dass es wichtig sei, wie man zu einem Stadion und vor allen Dingen zu einer Ballsporthalle kommt.

Herr Schramm hätte gern im Finanzierungskonzept aufgeführt, an welchen Kriterien die Besuchergrenzen gemessen werden und was eine Sanierung des „Kurt-Wabbel-Stadions“ auf einem bestimmten Niveau bedeute.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Sanierung des Stadions mit der derzeitigen Klassifizierung von 20 000 Besucher etwa 25,2 Mio. Euro kosten würde.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, fügte hinzu, dass ständig, um die DFB-Kriterien zu erfüllen, auch in der Größe nachgearbeitet werden müsse.

Herr Prof. Schuh wandte sich an Herrn Bönisch und an Herrn Dr. Meerheim und sagte, dass es nicht ganz unproblematisch sei, ein Stadion, wie von Herrn Sänger, Fraktion der CDU, im Planungsausschuss erläutert, zu errichten. Eigentlich benötige die Stadt nur einen ordentlichen Fußballplatz für ca. 1 000 Zuschauer. Weiterhin gab er zu bedenken, dass auch die Folgekosten beim Bau eines solchen Stadions berücksichtigt werden sollten.

Was die Sanierung des „Kurt-Wabbel-Stadions“ betreffe, könne er sich an eine Studie erinnern, bei welcher es um die damalige Sanierungssumme von 22 Mio. DM ging. Die Baukosten haben sich derzeit sicherlich verdoppelt und der Bauzustand habe sich auch nicht verbessert.

Er halte es deshalb für sinnvoll, dem Finanzausschuss eine solche Studie vorzulegen. Er werde versuchen, am nächsten Finanzausschuss teilzunehmen, um sich über die Baukosten zu informieren.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados bekundete, dass sie sich das Stadion auch als PPP-Projekt vorstellen könne. Hier würden andere bauen und die Stadt müsse sich nicht über Kostenaufwüchse u. a. Gedanken machen.

Sie sicherte ein nachvollziehbares Finanzierungskonzept für die avisierte Sondersitzung des Finanzausschusses zu.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** waren sich einig, dass die Frist zur Einladung der Sondersitzung des Finanzausschusses außer Kraft gesetzt werden muss.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Fragenkomplex gab es nicht.

Die **Mitglieder des Hauptausschusses** stellten weitere mündliche Anfragen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob die Freibäder der Stadt Halle im Jahre 2008 noch bei der Stadt bleiben.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Freibäder im Jahr 2008 noch bei der Stadt verbleiben.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, ergänzte, dass es eine Abstimmung mit der HWA gibt. Jedoch müsse hier noch eine Überprüfung durch das Finanzamt durchgeführt werden, um die Bäder steuerunschädlich in den Stadtwerkeverbund geben zu können. Die Anfrage liege seit längerem beim Finanzamt und aus diesem Grunde werde er und Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt, Sport und Gesundheit, im Finanzamt nach einer Aussage nachfragen. Die Steuerangelegenheit müsse vorher geklärt werden, da sonst evtl. eine Grunderwerbsteuerproblematik eintritt. Das bedeute, dass der Buchwert bemessen werde. Dies liege nicht im Interesse der Stadt.

Herr Bönisch fragte, ob die Aussage stimme, dass mit der Übertragung frühestens zum 01. Januar 2009 gerechnet werde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados und Herr Geier antworteten, dass sie diese Aussage nicht kennen.

Für die Saison 2008 wurden nochmals Saisonkräfte für die Bäder bei der Stadt eingestellt, was bedeute, dass die Bäder in diesem Jahr noch einmal von der Stadt bewirtschaftet werden.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob es noch die Überlegung gäbe, die Angersdorfer Teiche zu privatisieren.

Herr Hildebrand, Fachbereichsleiter Schule, Sport und Bäder, antwortete, dass die HWA Interesse an den Angersdorfer Teichen habe und diese im Gesamtpaket der Freibäder mit übernehmen wolle.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados fragte **Herrn Hildebrand**, ob es noch weitere Interessenten für die Angersdorfer Teiche gibt.

Herr Hildebrand verneinte dies.

Herr Bönisch wandte ein, dass die privaten Bewerber aus dem letzten Jahr davon ausgehen werden, dass die Stadt nicht mehr verkaufen möchte und an die HWA übertragen wolle.

Aus diesem Grunde sollten die privaten Bewerber darauf hingewiesen werden, dass sie dieses Jahr oder auch dauerhaft noch eine Vakanz für die Angersdorfer Teiche hätten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte zu, sich mit den Bewerben in Verbindung zu setzen, um noch für dieses Jahr eine Lösung zur Betreuung der Angersdorfer Teiche zu finden.

Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE., hatte folgende Fragen bzw. Anregungen:

- Könnte sich über die arbeitsmarktpolitischen Ziele im Stadtrat nochmals verständigt werden?
- Erfolgt eine Vorstellung der IBA-Projekte im Amtsblatt?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte betreffend der arbeitsmarktpolitischen Ziele, dass sich hier wieder zeige, dass im Stadtrat eine Möglichkeit geschaffen werden muss, um bei Informationen Rückfragen stellen zu können.

Zu den IBA-Projekten antwortete Frau Oberbürgermeisterin, dass beginnend im übernächsten Amtsblatt die IBA-Projekt vorgestellt werden.

Weiterhin übergab Frau Haupt schriftlich die Themen ihrer Fraktion für die gemeinsame Hauptausschusssitzung mit dem Saalekreis.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte, warum im Zusammenhang mit der Illumination des Roten Turmes der Vorschlag von Herrn Prof. Brade und Stadtmarketing, welcher zum 01. Februar 2008 umgesetzt werden sollte, abgebrochen wurde.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass der ursprüngliche Vorschlag von Herrn Prof. Brade, dessen geschätzte Kosten sich auf ca. 45 bis 60 TEuro beliefen, insofern modifiziert wurde, dass sich die Werbung ausschließlich auf das Theater der Welt konzentriert und somit die Kosten auf die vernünftige Höhe von ca. 10 TEuro reduziert werden konnten. An diesen Kosten beteiligen sich das Theater der Welt mit 5 TEuro und die Stadtmarketinggesellschaft mit 5 TEuro.

Die zwei Banner werden am 01.03.2008 am Roten Turm (Süd- und Ostseite) angebracht, so dass zur Veranstaltung von „Wetten dass...?“ die Kameras dieses für unsere Stadt prestigereichste Vorhaben 2008 in möglichst viele europäische Wohnzimmer getragen werden wird.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte weiter:

- Wer hat das Banner entworfen?
- Was passiert nach der Entfernung des Banners?
- Hat die Stadtmarketinggesellschaft oder die Verwaltung dafür die Ausschreibung vorgenommen?

Frau Oberbürgermeisterin Szabados antwortete, dass sich für diese Werbung in Abstimmung mit dem Stadtmarketing und Herrn Prof. Brade sowie dem Theater der Welt entschieden wurde, um Kosten zu sparen.

Herr Dr. Wöllenweber, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, ergänzte, dass das Banner vom Kuratorium für das Theater der Welt entworfen wurde.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, warf ein, dass das einberufene Gremium zur Gestaltung des Roten Turms über die Änderung hätte informiert werden müssen. Hier hätte der Automatismus greifen müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados entgegnete, dass auch sie kurzfristig von der Stadtmarketinggesellschaft über die Änderung informiert wurde. Sie werde die Stadtmarketinggesellschaft dazu entsprechend befragen.

Was die Ausschreibung betreffe, so habe die Stadtmarketinggesellschaft den Auftrag zur Umsetzung erhalten. Es wurden keine Sponsoren gefunden und es gab die Entscheidung für das Theater der Welt.

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE., antwortete auf die Frage - was nach der Entfernung des Banners passiere – dass das Gerüst dann schon so weit abgebaut sei und sich eine Verhüllung nicht mehr lohne.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, regte an, im Entwurf des Banners die untere Hälfte der Kugel so zu schreiben, dass es richtig gelesen werden kann.

Herr Schramm antwortete, dass am 10. März die nächste Präsentation der zweiten Veranstaltungsserie Theater der Welt stattfindet. Er gehe davon aus, dass die Druckverlage bereits schon soweit vorangeschritten sei, dass eine Änderung nicht mehr möglich ist.

Herr Schramm hatte folgende Fragen:

1. Gibt es Möglichkeiten, an den neu gebauten Anlegestellen an der Saale Boote variabler anzulegen. Zurzeit bestehe nur die Chance an einer Stelle ein- bzw. auszusteigen.
2. Bezüglich der kombinierten Reisen mit Zug und Bahn fragte er, ob es nicht möglich wäre, in Bahnhofsnähe eine Bushaltestelle zum Ein- bzw. Aussteigen zu errichten.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados sagte eine Überprüfung und Antwort zu.

zu 9 **Anregungen**

Anregungen gab es nicht.

zu 10 **Mitteilungen**

Mitteilungen gab es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Szabados beendete die 40. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin